



II-248 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

23 AB

Zl. 410.140/82-IV/1/83

1983 -08- 02

Wien, am 25. Juli 1983

zu 43 J

Herrn

Präsident des Nationalrates
Anton BENYA
Parlament
1010 W i e n

Sehr geehrter Herr Präsident !

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Reinhart und Genossen haben am 16. Juni 1983 unter der Nr. 43/J eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Sonderförderungsmaßnahmen für Osttirol an mich gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Welche Maßnahmen wurden seitens der SPÖ-Bundesregierungen in den letzten Jahren für Osttirol gesetzt und wieviele Mittel wurden hiefür aufgewendet ?
2. Ist die derzeitige Bundesregierung bereit, mit dem Land Tirol Verhandlungen aufzunehmen, damit auch für Osttirol so wie in anderen Regionen Österreichs eine sogenannte "100.000,- Schilling Aktion" zur Schaffung industrieller Arbeitsplätze unter Mitwirkung des Landes Tirol zustande kommt ?
3. Ist das Land Tirol bereits an die Bundesregierung mit dem Wunsche auf eine erhöhte Förderung Osttirols nach den neuen Richtlinien des Gewerbestrukturgesetzes bei entsprechender Beteiligung des Landes herangetreten, wenn nein, wird die Bundesregierung von sich aus eine derartige Initiative setzen ?
4. Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit eines vorgezogenen Baubeginnes der Straßenbaulose Leisach-Burgfrieden, Umfahrung Mittewald, Griesbach-Margaretenbrücke,

./2

- 2 -

Abfalterbach-Thurnbachbrücke sowie Umfahrung Sillian ?

5. Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit der Erhöhung der Mittel für die Wildbach- und Lawinenverbauung sowie für den Flußbau in Osttirol ?
6. Inwiefern können Maßnahmen gesetzt werden, damit die Osttiroler Wirtschaft die vielfältigen Förderungsaktionen des Bundes stärker wie bisher in Anspruch nimmt ?
7. Welche Maßnahmen sind seitens der Bundesregierung für die bessere ländliche Verkehrserschließung in Osttirol vorgesehen ?
8. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung für Osttirol setzen, um besonders den sogenannten "sanften Tourismus" zu fördern ?
9. Welche Maßnahmen sind für eine verbesserte Jugendbeschäftigung in Osttirol vorgesehen ?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

zu Frage 1

Die Maßnahmen der Bundesregierung für den politischen Bezirk Osttirol in den letzten Jahren samt Mittelaufwand gehen aus folgender Aufstellung hervor:

a) Wirtschaftsförderung

1) ERP-Kredite

Von 1979 bis 1983 wurden insgesamt S 105 Mio an gestützten ERP-Krediten für 13 Investitionsprojekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von S 306 Mio gewährt, wodurch 444 Arbeitsplätze neu geschaffen oder gesichert werden konnten.

2) Zinsenstützungsaktion 1978

Aus der Zinsenstützungsaktion 1978 der Bundesregierung wurden für 3 industrielle Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von S 170 Mio Kredite im Ausmaß von rund S 63 Mio gewährt, wodurch 280 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert wurden.

./3

- 3 -

3) Weitere Investitionsförderungen des Bundes für Klein- und Mittelbetriebe

Aus den Aktionen zur Strukturverbesserung im Gewerbe und im Fremdenverkehr hat der Bund von Mitte 1979 bis Mitte 1983 für 530 Projekte ein Kreditvolumen von S 450 Mio gefördert.

4) Arbeitsmarktförderung

An Arbeitsmarktförderungsmitteln wurden 1980 bis 1982 S 1,7 Mio an unverzinslichen Darlehen und S 0,5 Mio an Zuschüssen gewährt, wodurch 45 Arbeitsplätze geschaffen und 16 Arbeitsplätze gesichert werden konnten.

5) Berggebiets-Sonderaktion

1982 wurde ein Osttiroler Fremdenverkehrsprojekt durch einen Zuschuß in der Höhe von S 1 Mio gefördert.

6) Förderung von Nationalparkprojekten

Im Jahre 1982 hat der Bund S 1,35 Mio an Zuschüssen für Osttiroler Projekte im Rahmen des projektierten Nationalparks Hohe Tauern gewährt.

7) Rohstoff-Forschung

Für die Aufsuchung von Lagerstätten in Osttirol wurden 1972 bis 1982 Projekte mit Gesamtkosten von S 1,7 Mio durch Bundeszuschüsse nach dem Lagerstättengesetz in der Höhe von rund S 0,5 Mio gefördert.

8) Land- und Forstwirtschaft

Aus Mitteln zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft wurden in den Jahren 1979 bis 1982 seitens des Bundes rund S 270 Mio für Osttirol zur Verfügung gestellt. Davon entfallen insbesondere auf die ländliche Verkehrserschließung S 33 Mio, auf Regionalförderungsmittel S 24 Mio, auf die Wildbach- und Lawinenverbauung S 88 Mio, auf den Wasser- und

./4

Flußbau S 82 Mio und auf Bergbauernzuschüsse rund S 30 Mio.

b) Infrastrukturausbau

1) Bundeshochbau

Seit 1972 wurden in Osttirol seitens des Bundeshochbaues 4 größere Projekte (Schulzentrum Lienz 1973 bis 1977; Franz-Josefs-Kaserne 1980 bis 1981; Amtsgebäude Lienz 1972 bis 1976; Grenzzollamt Sillian 1979 bis 1981) mit einem Bauvolumen von insgesamt rund S 171 Mio realisiert.

In Bau bzw. in Planung befinden sich 4 größere Vorhaben (Neubau des Bezirksgerichts Lienz, Haspinger Kaserne, Franz-Josefs-Kaserne Lienz, Bezirksgericht Matrei) mit einem Bauvolumen von S 143,5 Mio, wovon für 1983 rund S 37 Mio vorgesehen sind.

2) Bundesstraßenbau

Seit 1979 wurden in Osttirol folgende Bauvorhaben realisiert:

B 100 Drautalbundesstraße

Umfahrung Strassen	S 10,4 Mio
Grenzübergang Arnbach	S 11,6 Mio
Bahnübergang Mittewald	S 10,2 Mio
Vorhaben Mordbühel	S 16,1 Mio

B 108 Felbertauernstraße

Umfahrung Oberlienz	S 54,9 Mio
---------------------	------------

B 111 Gailtalbundesstraße

Klammberg-Aue	<u>S 8,6 Mio</u>
---------------	------------------

gesamt	S 111,8 Mio =====
--------	----------------------

3) Wasserwirtschaftsfonds

In den Jahren 1979 bis 1983 wurden für in Bau befindliche Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen in Ost-

- 5 -

tirol mit einem Investitionsvolumen von S 233,2 Mio Bundesmittel im Ausmaß von S 155,4 Mio bereitgestellt; davon wurden bereits S 56,4 Mio an Bundesmitteln verbaut, S 99 Mio werden in den nächsten Jahren für die genehmigten Projekte nach Baufortschritt seitens des Bundes zur Verfügung gestellt werden.

4) Energiepolitik

Für Vorhaben auf dem Gebiet der Energiepolitik in Osttirol (Kleinwasserkraftwerke, Elektrifizierungsvorhaben, Leitungen) wurden vom Bund 1979 bis 1982 begünstigte Kredite im Ausmaß von S 1,5 Mio und Zuschüsse von S 0,6 Mio gewährt sowie Investitionen in der Höhe von S 15 Mio getätigt. Weiters sind zur Realisierung des Speicherkraftwerkes Osttirol bis Ende 1982 bereits Aufwendungen in der Höhe von S 156 Mio getätigt worden.

zu Frage 2

Die Bundesregierung hat in den am 21. April, 24. und 30. Juni 1983 stattgefundenen Verhandlungen auf Regierungsebene mit Vertretern der Tiroler Landesregierung die Einrichtung einer "Gemeinsamen Sonderförderungsaktion Bund/Land Tirol zur Sicherung und Schaffung von industriell-gewerblichen Arbeitsplätzen in Osttirol" nach dem Muster der bereits für andere österreichische Problemgebiete (wie Waldviertel, Lungau) eingeführten sogenannten "S 100.000,-- Aktionen" mit einem jährlichen Förderungsvolumen von S 10 Mio (je S 5 Mio von Bund und Land Tirol) vorgeschlagen.

zu Frage 3

In den genannten Verhandlungen hat die Bundesregierung vorgeschlagen, Investitionen von Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft einschließlich des Fremdenverkehrs in Osttirol im Rahmen der Aktion nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969 besonders zu fördern.

./6

- 6 -

zu Frage 4

Zu den in der Anfrage angeführten Vorhaben im Bereich des Bundesstraßenbaus in Osttirol ist anzumerken:

- das Straßenbaulos Leisach-Burgfrieden ist im Bauprogramm 1983 enthalten
- die Vorhaben Umfahrung Mittewald, Griesbach-Margaretenbrücke und Abfalterbach-Thurnbachbrücke sind - bei entsprechender Dringlichkeitsreihung seitens der Tiroler Landesregierung - im Bauprogramm 1984 unterzubringen
- bei der Umfahrung Sillian ist die Variantenentscheidung noch offen.

zu den Fragen 5 und 7

Für Vorhaben der Wildbach- und Lawinenverbauung, des Flußbaues, der ländlichen Verkehrserschließung und der Verbesserung der Land- und Forstwirtschaft werden für 1983 zusätzliche Mittel im Ausmaß von insgesamt S 25 Mio zur Verfügung gestellt.

zu Frage 6

In den Verhandlungen auf Regierungsebene hat die Bundesregierung vorgeschlagen, die Investitions- und Förderungsberatung durch gemeinsame Beratungsaktionen des Bundes und des Landes Tirol zu verstärken sowie Probleme der Osttiroler Wirtschaft in die Tätigkeit von Institutionen des Bundes für Investorenwerbung und -beratung (z.B. Gesellschaft für Industrieansiedlung und industrielle Kooperation Ges.m.b.H., Informationsstelle für Investoren im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie) einzubeziehen.

Darüberhinaus hat der Bund vorgeschlagen, zum Zwecke der Förderung von Betriebsansiedlungen und -erweiterungen und zur Intensivierung der Investorenberatung eine Entwicklungsgesellschaft für Osttirol nach dem Muster der bewährten Kärntner Betriebsansiedlungs- und Beteiligungsgesellschaft (BABEG) einzurichten.

./7

- 7 -

zu Frage 8

Ergänzend zu den bestehenden Förderungsinstrumenten des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie für den Fremdenverkehr hat die Bundesregierung spezifische Instrumente geschaffen bzw. vorgeschlagen, um den "sanften Tourismus" besonders zu fördern.

- Die zu Frage 1 unter Punkt a) 5) erwähnte Sonderförderungsaktion soll in Zukunft verstärkt zum Einsatz kommen, wobei eine Intensivierung der Beratung angestrebt wird.
- Für den Bereich der Nationalparkregion besteht seitens des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz seit 1982 eine Förderungsaktion für Nationalparkeinrichtungen. Für 1983 sind für Osttirol daraus rund S 1,6 Mio vorgesehen.
- In den zu Frage 2 erwähnten Verhandlungen hat die Bundesregierung dem Land Tirol vorgeschlagen, eine gemeinsame Nationalparkförderungsaktion mit einem Förderungsvolumen von jährlich S 6,6 Mio (je 50 % von Bund und Land Tirol) einzurichten, aus der Projekte unterstützt werden könnten, die zu einer Verbesserung der Beschäftigungs- und Einkommenssituation der Bevölkerung der Nationalparkregion beitragen können.

zu Frage 9

Der Bundesminister für soziale Verwaltung hat in seiner Erklärung im Nationalrat am 5. Juli 1983 über Maßnahmen zur Sicherung der Jugendbeschäftigung darauf hingewiesen, daß im Einvernehmen mit den Sozialpartnern ein Arbeitsmarktpolitisches Jugendprogramm 1983 ausgearbeitet wurde, das von der Arbeitsmarktverwaltung im Ausbildungsjahr 1983/84 realisiert wird.

Dieses Jugendprogramm umfaßt im wesentlichen folgende Maßnahmen:

./8

- 8 -

1. Förderung von Lehrstellen
2. Berufsvorbereitende Maßnahmen, vor allen für besonders schwervermittelbare Jugendliche
3. Förderung der geographischen Mobilität und der vorzeitigen Einstellung von jungen Arbeitskräften
4. Verbesserung der Startchancen für junge Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung und für Jungakademiker
5. Hilfe zur beruflichen Eingliederung von jugendlichen Ausländern der zweiten Generation
6. Entwicklung neuer Beschäftigungsformen für junge Menschen.

Für Osttirol sind in diesem Rahmen folgende spezielle Maßnahmen vorbereitet:

1. Förderung von 100 zusätzlichen Lehrstellen und 40 Lehrstellen für Mädchen in Lehrberufen mit geringem Frauenanteil für Tirol, wobei ein beträchtlicher Teil für Osttirol vorgesehen ist.
2. Als berufsvorbereitende Maßnahmen:
 - Tischlerkurs für 20 lehrstellensuchende Jugendliche bzw. Lehrlinge, die ihre Lehrausbildung in Insolvenzbetrieben nicht fortsetzen konnten; Dauer 3 Monate
 - Metallkurs für 20 Teilnehmer
 - Büropraxiskurs für 20 Absolventen von Handelsschulen.
3. Die übrigen Maßnahmen des Arbeitsmarktpolitischen Jugendprogrammes 1983 werden bei Bedarf umgehend eingesetzt werden.

